

## Markus Anker

### Thema 1

Was die Bürger von der demokratischen Ordnung zu erwarten haben, ist nicht das Geschenk der eigenen Freiheit – das kann kein politisches Regime, diese Aufgabe müssen sie selber anpacken -, sondern nur eine Einrichtung des gemeinsamen Lebens, die für jeden Einzelnen die möglichst günstigsten Bedingungen für seine Suche nach Freiheit schafft.

(Jeanne Hersch: Erlebte Zeit: Menschsein im Hier und Jetzt. Vorträge - Gespräche – Abhandlungen, Neue Zürcher Zeitung, NZZ Libro, 2010)

Denken wir an unseren Alltag: Die wenigsten stellen im Alltag bewusst fest, dass sie eigentlich ständig etwas von ihrem Land bzw. ihrer staatlichen Ordnung brauchen und erwarten. Und so muss die erste Fragestellung wohl die sein, ob wir uns überhaupt etwas davon erwarten sollen und dürfen, und wenn ja, was wir dafür leisten müssen. Und erst wenn man klar bejahen kann, dass man sich etwas erwarten darf, wird die Frage sein, worin eine gerechtfertigte Erwartungshaltung liegen könnte.

Bei der Betrachtung des Zitates fällt auf, dass das Wort „Staat“ nicht erwähnt ist, sondern vielmehr von „demokratischer Ordnung“ gesprochen wird. Dem griechischen Wortsinn nach bedeutet Demokratie nicht mehr und nicht weniger als Volksherrschaft, was darauf hindeutet, dass Demokratie nicht nur in Form eines klassischen Staates möglich ist, denn es gibt eine sehr große Bandbreite, den Begriff Demokratie zu definieren. Während es sich bei der Demokratie im antiken Griechenland um eine direkte handelte, in der z.B. die attischen Männer sich selbst für ihre persönlichen Anliegen einsetzten und für sie stimmten, haben wir es heute in großen Teilen der westlichen Welt mit einer repräsentativen Demokratie zu tun. Dies stellt eine fundamentale Veränderung im Verhältnis zwischen Bürger und staatlichem Übergebäude dar. Die meisten westlichen Verfassungen bringen dies durch einen kurzen Satz wie „Das Recht geht vom Volk aus“ auf den Punkt. Während die attischen stimmberechtigten Männer in diesem Sinne noch selbst das Recht waren, geben wir heutigen Bürger demokratischer Staaten, so könnte man sagen, lediglich das Recht in Auftrag. Wir wählen den, von dem wir glauben, dass er das zum Gesetz macht, was unserem Empfinden von Recht entspricht.

Auf diese Weise lassen wir unsere Interessen vertreten. Und es gibt etwas, das wohl das Interesse eines jeden Menschen ist: die Freiheit. Freiheit als essentieller Teil eines politischen Konzepts kam zu ersten Mal im Denken der Aufklärung vor, jenem Denken, das vor allem in

Frankreich unweigerlich mit Rousseau verbunden und die Grundlage für die Französische Revolution bildete, die der erste Versuch war, einen europäischen Staat ganz und gar zu demokratisieren. Doch wieso ist für uns eigentlich so klar, dass Demokratie und Freiheit untrennbar zusammengehören? Im historischen Kontext des 18. Jahrhunderts ist klar, dass die Voraussetzung für eine Herrschaft des Volkes die Freiheit von absolutistischer Herrschaft sein musste. Und bis heute bedroht die Tyrannei die Freiheiten, die durch demokratische Staatsformen gewährleistet werden. Doch sie bedroht damit bei Weitem nicht nur die Freiheit im Sinne einer selbstbestimmten Herrschaft, sondern auch persönliche Freiheiten der Staatsbürger.

Und so ist hier zwischen zwei grundlegenden Formen von Freiheiten zu unterscheiden: Es gibt zum einen die aktive Freiheit und zum anderen die passive Freiheit.

Eine passive Freiheit ist z.B. die Freiheit von Unterdrückung. Ein Beispiel für aktive Freiheit ist die Freiheit, seine Meinung grundsätzlich ungestraft äußern zu können. Aktive Freiheit ist also die Freiheit, etwas zu tun. Passive Freiheit hingegen ist die Freiheit von gewissen äußeren Einflüssen. Man kann freilich entgegen, dass beides in der Hinsicht ein und dasselbe sei, dass es wiederum ein äußerer Einfluss ist, der die persönliche Handlungsfreiheit einschränkt. Doch, wie man gleich sehen wird, ist diese Unterscheidung in Hinblick auf die staatlichen Einflussmöglichkeiten von höchster Relevanz.

Der Staat hat die Möglichkeit, passive Freiheit für den Bürger zu gewährleisten, indem er negative äußere Einflüsse unterbindet. Er kann durch Gesetze Raub, Korruption und Kriminalität verbieten und diese Verbote mit polizeilicher Gewalt durchsetzen. Dass all das einwandfrei funktioniert und so absolute Freiheit gewährleistet werden kann, ist zwar freilich ein utopischer Idealzustand, doch zumindest theoretisch ist dies möglich.

Was der Staat allerdings nicht einmal in Theorie geben kann, sind die Freiheiten, etwas zu tun. Denn obwohl zum Beispiel in Österreich der Staat durch die Anerkennung der Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet ist, persönliche Freiheiten im Sinne von Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Religionsfreiheit etc. zu gewährleisten, ist das direkte staatliche Mittel dazu das Recht. Das Recht funktioniert auf der Basis von Imperativen, die ihrer Natur nach nur den Rahmen solcher Freiheiten abstecken können. Und so kann der Staat nie diese aktiven Freiheiten als solches geben, sondern lediglich einen Rahmen sichern, in dem sie gegeben sind.

Ein demokratischer Staat gibt seinen Bürgern also Freiräume. Es sind Räume, in denen wir uns tagtäglich bewegen, wenn wir eine Zeitung kaufen die, wie wir das gewohnt sind, politische Entwicklungen kritisiert oder wenn wir mit einem Nachbarn laut darüber sprechen,

was uns an der Regierung nicht gefällt. Dies sind Umstände, die uns nur eine Demokratie geben kann. Die Herrschaft basiert auf der Legitimation durch das Wahlvolk und sichert uns allen die Freiheit zu, unsere Meinung ungestraft zu äußern. Doch all das ist für uns zur alltäglichen Selbstverständlichkeit geworden. Wir erwarten uns zwar, dass diese Freiheit gegeben ist. Doch schätzen wir sie überhaupt noch entsprechend wert?

Dies tun wohl die wenigsten, denn Freiheiten und Möglichkeiten wertzuschätzen, bedeutet, sie bewusst zu nutzen. Eine demokratische Kultur funktioniert nur auf Basis offener Diskussion auch über Politik und vor allem in aktiver Beteiligung an der Politik. Der gegenwärtige Zustand der Politikverdrossenheit stellt eine große Schmähung und Gefährdung des demokratischen Systems dar. Der Einwand, dass die Schuld bei den Politikern und den durch sie unwählbar gemachten Parteien liegt, mag zu einem guten Teil stimmen, doch dies als Ausrede zu nehmen, um sich die Mühe zu sparen, das Wahllokal aufzusuchen, zeugt schlicht von Desinteresse an Demokratie und den Freiheiten, die durch sie möglich sind. Wahlen sind die erste und größte Freiheit in einer Demokratie. Ebenso wie sie sollen auch die übrigen aktiven Freiräume für sich individuell gefüllt und genutzt werden. Die im Zitat genannte eigene Freiheit meint wohl auch einen Zustand der Selbstverwirklichung und der persönlichen Erfüllung. Eine Selbstverwirklichung kann nur geschehen, wenn wir uns stets selbst herausfordern, diese Freiräume zu füllen. Und hierin liegt oft eine falsche Erwartungshaltung, denn Demokratie mag zwar für uns die beste Staats- und Gesellschaftsform sein, doch sie ist gerade deshalb nicht die, die den geringsten geistigen Anspruch an den Bürger stellt. Während Diktaturen oft auf Basis ihrer Ideologie, ihren Bürgern die „richtige“ Meinung vorgeben und ihnen damit scheinbar die Frage nach dem Sinn des Lebens „abnehmen“, steht man dabei in einer Demokratie in einem Freiraum, den zu ertragen und mit dem umzugehen, keineswegs anspruchslos ist. Einfach ist hier gar nichts und was die persönliche Freiheit betrifft, so ist es hier wohl eher so, dass die Demokratie gleichermaßen an uns Ansprüche stellt wie wir an sie.

So besteht die erste Schwierigkeit im Umgang mit diesen Freiräumen darin, sie sinnvoll auszufüllen. Doch auch das hat seine Grenzen. Hier offenbart sich eine weitere Schwierigkeit. Was passiert, wenn sich die Freiräume verschiedener Personen einschränken?

Während Hobbes aus einem solchem Umstand notwendigerweise einen Kriegszustand schloss, der nur beendet werden könne, indem alle ihre Freiheiten an einen Herrscher abgäben, so müssen wir uns heute damit tragen, dass diesen Zustand niemand zu unser aller Wohl auflösen wird, sondern dass die Verantwortung wiederum bei uns selbst bleibt. Man denke nur an das weltweite Echo, dass die Mohammed-Karikaturen in Dänemark auslösten, in

denen die Presse- und Meinungsfreiheit der einen, auf die Religionsfreiheit der anderen prallte. Dies stellt eine Situation dar, in der Freiheit auch bedeutet, ertragen zu können, was durchaus im Widerspruch zum Begriff der Freiheit selbst stehen kann.

Und so erwächst in diesem Sinne aus der Freiheit, die die demokratische Ordnung ermöglicht zugleich die Fülle unserer Verantwortung. Das menschliche Streben nach Freiheit hat zur Entwicklung der Demokratie geführt und zu der Einsicht, dass es die Staatsform ist, die für uns persönlich und für die Lösung verschiedenster Probleme die beste ist. Nun liegt unsere Verantwortung darin, diese staatlich manifestierte Freiheit zu schätzen. Diese Wertschätzung soll sich darin ausdrücken, alles dafür zu tun, sie zu erhalten. Denn der letztlich wiederum auf unserer Verantwortung basierende demokratische Staat sichert uns passive Freiheit zu und schafft uns einen Rahmen, in dem aktive Freiheit gegeben ist. Die Verantwortung dafür, diesen Rahmen zum größtmöglichen Wohl aller auszufüllen, kann uns niemand abnehmen. Vernachlässigen wir dies, so vernachlässigen wir das, was die demokratische Kultur am Leben erhält. Mit der Art, in der wir unsere Freiheit verwerten, steht und fällt die Demokratie. Fällt die Demokratie, so fällt auch unsere Möglichkeit zur Freiheit.